

# Sozialdemokratischer PresseDienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846-48 ppbn d



32. Jahrgang / 223 / 22. November 1977

## Inhalt

Brigitte Erler MdB zur  
Strauß-Reise nach Chile.

Seite 1

Nach Sadats Jerusalems-  
Reise sieht Heinz West-  
phal MdB das Klima in  
Nahost verändert.

Seite 2

Bundesminister Karl  
Ravens, SPD-Spitzenkandi-  
dat in Niedersachsen,  
fordert erste Schritte  
zur Lernmittelfreiheit  
in seinem Land.

Seite 3/4

Bundestagsvizepräsident  
Hermann Schmitt-Vocken-  
hausen, Präsident des  
Deutschen Städte- und  
Gemeindebundes, begrüßt  
die kommunalpolitische  
Initiative des SPD-Par-  
teitages.

Seite 5

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
PresseDienst GmbH  
Kölner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 06 11

### Freiheit oder Strauß

Von Brigitte Erler MdB

Franz Josef Strauß hat wieder zugeschlagen. Ungeniert von Diktatur zu Diktatur reisend, lobt er alles, was seinem Herzen und den vermeintlichen deutschen Kapitalinteressen entspricht. Vom Rassismus bis zur blutigen Unterdrückung in Lateinamerika läßt er sich nichts entgehen, was ihn bei kurzsichtigen deutschen Auslandsinvestoren beliebt machen könnte. Gerade erst hat er im Bundestag den anwesenden afrikanischen Botschaftern ins Gesicht gesagt, "im Pronzip" hielte er sie für genauso intelligent wie die Weißen. Im südlichen Afrika hält ihn sein offener Rassismus ("Afrika müßte nicht Afrika sein, wenn dann nicht ... ein grausiger gegenseitiger Vernichtungskrieg ... ausbräche") von einem Eintreten für Demokratie oder auch nur für Menschenrechte ab.

In Chile benutzt er nun den alles Blut, alle Folter, allen Hunger und alle Unterdrückung verdeckenden Mantel des Antimarkxismus, um den Chilenen und der Welt mal richtig klarzumachen, was die jetzt verfolgten Demokraten für blutrünstige Kriegstreiber gewesen seien: Nicht nur der Bürgerkrieg im eigenen Lande, nein auch der Krieg mit Argentinien und Brasilien habe vor der Tür gestanden. Und daran war nicht Allende schuld, sondern das chilenische Volk, "die, die ihm zur Macht verholfen haben".

Wenn das chilenische Volk sich aber so schlecht benommen hat, wie Strauß das kristallklar herausfand, dann darf man ihm beim besten Willen auch keine Demokratie erlauben: Die "Übergangstaatsführung" unter Pinochet trägt schwer an ihrer Last Tausende ihrer Bürger ermorden, foltern, vertreiben und Hunderttausende hungern lassen zu müssen, damit die Gewinne von Kennecott und Siemens wieder stimmen und der CIA zufrieden ist. Da werden die verbotenen Parteien und Gewerkschaften wohl auch noch ein paar Jahre warten können, bis sie, nach Straußscher Logik, funktionsfähig und verantwortungsbewußt geworden sind.

Herr Strauß besitzt die Frechheit, zu behaupten, im Namen der Bürger des freien Deutschland zu sprechen. Wenn überhaupt, dann haben seine Ausflüge zu den Feinden von Freiheit und Menschenrechten nur einen gemeinsamen Nenner: kurzsichtige Investitions- und Handelsinteressen der Industrie. Da will er sich lieb Kind machen. Für alle anderen hat er wieder einmal die Alternative klargestellt: Freiheit oder Strauß.

(-/22.11.1977/bgy/ca)

Das Klima in Nahost ist verändert  
-----

Die Reise Sadats nach Jerusalem war ein mutiger Schritt nach vorn

Von Heinz Westphal MdB

Auch optimistische Beobachter des großartigen Ereignisses werden nicht erwartet haben, daß am Ende der Reise des ägyptischen Staatschefs Anwar el Sadat nach Jerusalem konkrete Veränderungen in den Forderungskatalogen Ägyptens und Israels zur Beendigung des Nah-Ost-Konflikts für jeden erkennbar würden. Die eigentliche Veränderung gegenüber der seit Jahren festgefahrenen Lage ist das Ereignis dieser Reise selbst:

Ein arabischer Führer hatte den Mut, über den Schatten zu springen, er hat seinen Friedenswillen durch seine Rede vor dem israelischen Parlament trotz der sich übersteigernden Proteste aus dem eigenen arabischen Lager vor aller Welt manifest gemacht. Der israelische Ministerpräsident Menachem Begin, der in seinen bisherigen Äußerungen, Frieden und Sicherheit für sein Land zu erreichen, starrer und weniger kompromißbereit als seine Vorgänger aus der Arbeiterpartei gewesen ist, hat den Ball geschickt aufgefangen durch sein sofortiges Ja zur Einladung an Sadat und das gleichzeitige Angebot zu gleichartigen Einladungen an alle anderen Regierungschefs der arabischen Konfliktstaaten, die Israel umgeben, ohne dabei vor der Genfer Konferenz auf der alten israelischen Forderung auf jeweils gesonderte Friedensverhandlungen mit den einzelnen Konfliktstaaten zu bestehen.

Das israelische Volk nützte die Chance, seinen Friedenswillen durch den überaus freundlichen Empfang für Sadat zu demonstrieren. Die erstmalig seit Staatsgründung in die Opposition gedrängte große israelische Arbeiterpartei, deren Führer seit Ben Gurion immer wieder ihre Bereitschaft vorgetragen hatten, an jedem Platz der Welt mit den arabischen Führern direkt zu verhandeln, haben konsequent die Einladung an Sadat mitgetragen.

Auch wenn in dieser Phase keine der beiden Seiten von ihren bisherigen Forderungen abgewichen ist und Zugeständnisse in den entscheidenden Fragen zur Vereinbarung sicherer Grenzen nicht gemacht wurden, ist nach den großen Tagen von Jerusalem das Klima verändert, in dem künftig über die harten und schwierigen Lösungen gerungen werden muß. Wir alle können nur wünschen, daß der Mut, der die Begegnung in Jerusalem ermöglichte, bei den Verantwortlichen auf beiden Seiten erhalten bleibt und sich zu der Bereitschaft verdichtet, international garantierte Grenzlinien gemeinsam zu ziehen, die das Sicherheitsbedürfnis beider Seiten respektieren. Keine der umstrittenen Grenzlinien ist geschichtlich gewachsen. Die Formel vom "Heiligen Boden", den keine Seite aufgeben will, muß ersetzt werden durch die Realisierung von Friedensgrenzen. Gerade dann, wenn die Selbstbestimmungsrechte zweier Völker miteinander konkurrieren, sind Zugeständnisse beider Seiten der einzige Weg in eine friedliche Zukunft.

(-/22.11.1977/ks/ja)

+ + +

### Chancengleichheit verwirklichen !

---

SPD will auch in Niedersachsen Einstieg in die Lernmittelfreiheit

Von Karl Ravens

Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD 1978

Niedersachsen ist das einzige Bundesland, das bis heute noch keine Entlastung von den Kosten der Lernmittel gebracht hat. Obwohl das 1974 in Kraft getretene Schulgesetz einer entsprechenden Gesetzesauftrag enthält, war bislang die Einführung der Lernmittelfreiheit unterblieben, weil der Schülertransport in einem so weiträumigen Flächenland wie Niedersachsen als vorrangig zu lösendes Problem angesehen wurde.

Diese Priorität besteht fort. Die jetzt von der SPD beschlossene Einleitung erster Schritte in Richtung Lernmittelfreiheit bedeutet nicht, daß wir Abstriche vom Ausbau und der weiteren Verbesserung des Schülertransportwesens machen. Ein gut funktionierendes Schüler-Beförderungssystem ist nach wie vor ein wichtiges Instrument zur Beseitigung der Chancenungleichheiten unserer Kinder in ländlichen Raum, und jeder Eingriff in das Gefüge der Schüler-Beförderungskosten würde entweder zu einer finanziellen Mehrbelastung der Eltern führen oder die Schüler durch Inkaufnahme längerer Wegstrecken beziehungsweise überfüllter Busse physisch und psychisch unerträglich belasten.

Die Verbesserung des Schüler-Beförderungswesens, an dem naturgemäß mehr die Bewohner auf dem "flachen Land" als die Städter mit ihrem in der Regel gut ausgebauten Nahverkehrsnetz interessiert sind, entbindet uns aber nicht von der Verpflichtung, das Problem der Lernmittelkosten nun endlich in Angriff zu nehmen. Wenn die SPD jetzt konkrete Vorschläge zur stufenweisen Einführung der Lernmittelfreiheit auf den Tisch gelegt hat, so erfüllt sie damit ein Versprechen, das in unserem Wahlprogramm für die Landtagswahl 1974 enthalten war und das dann auch in die Regierungserklärung von Ministerpräsident Alfred Kubel eingegangen ist. Wenn die SPD diese Vorschläge heute nicht mehr als Regierungspartei, sondern aus der Rolle der Opposition heraus unterbreitet, so beruht dies auf Ereignissen, die nicht wir zu vertreten haben.

Wir werden die völlige Lernmittelfreiheit nicht auf einmal einführen können. Dies lassen die Finanzen unseres Landes nicht zu. Es ist jetzt aber an der Zeit, einen ersten gewichtigen Schritt in diese Richtung zu gehen. Die Diskussionen der vergangenen Monate haben gezeigt, daß Eltern und Schüler immer weniger Verständnis dafür aufbringen, daß ausgerechnet Niedersachsen als einziges Bundesland auf diesem Feld bisher noch nichts unternommen hat. Sie sind zu Recht nicht bereit, länger stillschweigend hinzunehmen, daß hier die Verwirklichung eines Stück mehr Chancengleichheit noch weiter zeitlich hin-

ausgezögert wird - und dies in einer Zeit, in der Steuerentlastungen großen Ausmaßes und damit erhebliche Mindereinnahmen des Staates - siehe die Anträge der CDU-regierten Länder im Bundesrat - für sinnvoll gehalten werden.

Nach den Vorstellungen der SPD-Landtagsfraktion soll die Einführung der Lernmittelfreiheit zeitlich in drei bis vier Stufen erfolgen. Einen entsprechenden Gesetzesentwurf werden wir im Frühjahr 1978 einbringen. Gleichzeitig werden wir für die Etatberatungen zum Haushalt 1978 Anträge mit dem Ziel vorlegen, die erste Stufe der Einführung der Lernmittelfreiheit zum Schuljahresbeginn 1978/79 wirksam werden zu lassen.

Die konkrete Ausgestaltung der Lernmittelfreiheit ist in den einzelnen Bundesländern unterschiedlich. Nach eingehender Diskussion stellt die niedersächsische SPD ein modifiziertes Leihsystem zur Diskussion, ohne sich auf dieses jedoch endgültig festgelegt zu haben. Wir werden in den nächsten Wochen - vor Einbringung unseres Gesetzesentwurfes - eine Reihe von öffentlichen Anhörungen mit Eltern- und Schülervertretern, mit den kommunalen Trägern, mit Verlagen und sonstigen Betroffenen veranstalten und dabei offen für jede neue Anregung sein.

Beim modifizierten Leihsystem werden die sogenannten lebensbegleitenden Schulmaterialien wie zum Beispiel Weltatlas, Duden, Fremdwörterbuch, Rechentafel allen Schülern eines bestimmten Jahrgangs - Vorschlag: 5. Klasse - zu Eigentum überlassen. Die Kosten hierfür würden sich jährlich auf etwa sechs bis sieben Millionen DM belaufen. Die anderen Schulbücher, die in der Regel für den einjährigen Gebrauch bestimmt sind, werden in den Schulen vorgehalten und zu Beginn eines Schuljahres den Schülern ausgeliehen. Die Erfahrung in anderen Bundesländern lehrt, daß nach etwa dreimaligem Gebrauch eine Neuanschaffung notwendig wird.

Der Vorteil dieses Systems liegt in seinen geringen Kosten, die etwa nur ein Drittel der Summe ausmachen, die bei einer Übereignung der Lehrbücher an die Schüler anfallen würde. Das wären jährlich etwa 45 Millionen DM. Damit könnte die Lernmittelfreiheit für alle Schüler möglich gemacht werden. Darüber hinaus hat das Leihmodell den Vorteil, daß sich durch zentrale Einkäufe der Schulen Rabatte erzielen lassen. Gewisse Nachteile wie zum Beispiel hygienische Bedenken, die Erschwerung der Neueinführung von Büchern, mehr Arbeitsaufwand an den Schulen sollen nicht verkannt werden. Doch gerade die positiven Erfahrungen, die man auf kommunaler Ebene in den Städten Cuxhaven und Nordenham mit dem Leihsystem gemacht hat, lassen diese Nachteile als nicht so schwerwiegend erscheinen.

Mit Sicherheit wird bei der öffentlichen Diskussion in den kommenden Monaten die Frage eine entscheidende Rolle spielen, warum die Lernmittelfreiheit nicht nach einer sozialen Staffelung nur einem bestimmten Personenkreis zugute kommen soll. Wenn man den berechtigten Kreis entsprechend eingrenzte, wäre dies wahrscheinlich die billigste Lösung. So hat der niedersächsische Kultusminister unsere Vorschläge sofort nach ihrem Bekanntwerden als "zu global" abgelehnt und stattdessen andeutungsweise die Gewährung von Lernmittelbeihilfen in die Diskussion geworfen, die zunächst sozial schwachen und kinderreichen Familien zugute kommen sollen.

Diese Hervorhebung sozialer Gesichtspunkte scheint zunächst viel für sich zu haben. Dennoch habe ich große Bedenken, daß dies der richtige Weg ist. Es gibt genügend Eltern oder alleinstehende Mütter und Väter mit nur einem schulpflichtigen Kind, die erheblich mehr Schwierigkeiten haben, jährlich das Geld für Schulbücher aufzubringen als besser Verdienende mit mehreren Kindern. Eine Abgrenzung nach sozialer Bedürftigkeit würde mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden sein und wäre darüber hinaus nicht frei vom Charakter einer Fürsorgemaßnahme. Jedermann, der den Schulalltag etwas kennt, weiß, daß hier zum Beispiel durch die Vorlage von Lohnstreifen zusätzliche psychologische Barrieren entstehen können. Ich hoffe daher, daß der CDU-Kultusminister seine vorschnelle Ablehnung unseres Vorschlags noch einmal überdenken wird. (/22.11.1977/vo-he/ca)

Kommunalpolitik nicht mehr im Schatten

Hamburger SPD-Parteitag hat neue Signale gesetzt

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages und Präsident des  
Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Kommunalpolitik steht heute nicht mehr im Schatten der Landes- und Bundespolitik. Dies hat auch der Hamburger Parteitag erneut verdeutlicht. Die Partei hat hier, besonders durch die Rede Egon Bahrs, darauf hingewiesen, wie wichtig die Sozialdemokratische Partei die Kommunalpolitik nimmt und welcher Rang ihr auch für die Zukunft zuzubilligen ist.

Mit der Ankündigung, die Erfahrungen, die mit den Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaften für Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein gemacht wurden, zu erweitern und auch auf Bundesebene Grundlagen für eine ähnliche Arbeitsgemeinschaft zu schaffen, wird ein alter Wunsch der Kommunalpolitiker erfüllt. Es ist zu begrüßen, daß die Partei mit aller Deutlichkeit auf den Stellenwert hingewiesen hat, der der kommunalen Selbstverwaltung und der Gemeindefreiheit heute zukommt.

Wenn wir auf der Arbeit, die etwa unser Freund Heinz Dunkel in Nordrhein-Westfalen geleistet hat, aufbauen, werden wir auch mit einer Gemeinschaft für Kommunalpolitik auf Bundesebene besser als bisher in der Lage sein,

- die Erfahrungen der verschiedenen politischen Ebenen und ihrer Verantwortlichen auszutauschen und Probleme gemeinsam anzusprechen,
- die Belange der Selbstverwaltung nachdrücklich zu fördern und
- die sachliche Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner auch auf dieser Ebene schneller und deutlicher führen zu können, als dies aus naheliegenden Gründen in den Formender kommunalen Spitzenverbände möglich ist.

Dies aber bedeutet nicht nur politischen und organisatorischen Fortschritt, sondern unter dem Gesamtmotto "Verantwortung für unseren Staat" auch einen weiteren wichtigen und wesentlichen Schritt zur erforderlichen Praxisnähe unserer Politik.

(-/22.11.1977/ks/hgs)